



Presse- und Informationsstab
Referatsleiter Internet; Öffentlichkeitsarbeit

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18-24-29037

FAX +49 (0)30 18-24-29047

E-Mail bmvgprinfostab2@bmvg.bund.de

BETREFF **Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr**

hier: Ausgabe 2014

DATUM Berlin, 13. April 2015

Jugendoffiziere sind wichtige Träger der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, vor allem im schulischen Bereich. Im Einvernehmen mit den Kultusministerien der Länder leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung.

Der Jahresbericht 2014 der Jugendoffiziere der Bundeswehr fasst Beobachtungen und Eindrücke aus den geleisteten Einsätzen des vergangenen Jahres zusammen. Neben den dabei gewonnenen Erkenntnissen über Einstellungen von Jugendlichen zu Bundeswehr und zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, trifft der Jahresbericht Aussagen zur Zusammenarbeit mit Schulen, Organisationen und anderen Institutionen. Hieraus lassen sich Impulse für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr ableiten.

Grundlagen und Aufgaben der Jugendoffiziere der Bundeswehr sind als Anlage 1 dem Bericht beigelegt. Die Anlagen 2 und 3 enthalten Angaben zur Jahresstatistik und eine vergleichende Entwicklung der Jugendoffizierarbeit der letzten Jahre.

Der Bericht gibt die Erfahrungen der Jugendoffiziere der Bundeswehr wieder. Er wird vom Bundesministerium der Verteidigung – Presse- und Informationsstab – herausgegeben.

Im Auftrag

Thiermann

Jahresbericht
der Jugendoffiziere der Bundeswehr
2014

INHALT

	Seite
I. Lageentwicklung	3
1. Allgemeines	3
2. Jugendoffiziereinsätze	4
II. Zusammenarbeit mit und Meinungslage der Behörden, Schulen, Hochschulen und anderen Institutionen	8
1. Kultusministerien, Schulbehörden und Landeszentralen für politische Bildung	8
2. Schulen	9
a. Pädagoginnen und Pädagogen	9
b. Schülerinnen und Schüler	11
3. Hochschulen	12
4. Arbeitgeber-/Arbeitnehmerorganisationen	13
5. Jugendorganisationen der Parteien	13
6. Besondere/Weitere Kontakte	14
III. Eindrücke der Jugendoffiziere	15
1. Politik, Parteien, Staat und Gesellschaft	15
2. Bundeswehr: Auftrag, Legitimation, Einsätze	16
3. Wehrpflicht	16
4. Sicherheitsbündnisse (VN, NATO, EU, OSZE)	17
5. Transatlantische Beziehungen	18
6. Europäische Nicht-NATO-Staaten (MOE, SOE, GUS, RUS)	18
7. Afrika, Asien, Naher Osten	19
IV. Zusammenfassung und Ausblick	20
Anlagen:	
Anlage 1: Kurzbeschreibung der Tätigkeit der Jugendoffiziere und -unteroffiziere	
Anlage 2a: Einsatzstatistik der Jugendoffiziere 2014	
Anlage 2b: Einsätze der Jugendoffiziere 2014 nach Zielgruppen	
Anlage 2c: Anzahl der Veranstaltungen und Seminarveranstaltungen	
Anlage 3a: Vergleich der Einsatzstatistiken 2003 bis 2014	
Anlage 3b: Entwicklung der Einsätze der Jugendoffiziere von 2003 bis 2014	

I. Lageentwicklung

1. Allgemeines

Seit nunmehr 56 Jahren informieren die Jugendoffiziere der Bundeswehr die Öffentlichkeit über deutsche Sicherheitspolitik sowie den Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr. Als Referenten für Sicherheitspolitik halten sie Vorträge, beteiligen sich an Diskussionen und Podiumsdiskussionen, leiten Seminare im Inland und im europäischen Ausland, führen die Simulation Politik und Internationale Sicherheit (POL&IS) durch, bieten Besuche bei der Truppe an und beteiligen sich an Großveranstaltungen.

Das Angebot der Jugendoffiziere richtet sich grundsätzlich an die gesamte Öffentlichkeit. Der Schwerpunkt der Facharbeit der Jugendoffiziere liegt dabei nach wie vor in der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Schulen, um sicherheitspolitisches Grundlagenwissen zu vermitteln. Die meisten Veranstaltungen werden mit Schülerinnen und Schülern allgemeinbildender Schulen durchgeführt. Nach Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte, der verringerten Präsenz der Bundeswehr in der Fläche und dem Aussetzen der Allgemeinen Wehrpflicht ist der Jugendoffizier zumeist der erste Soldat, mit dem Jugendliche heute Kontakt haben.

Die Nachfrage nach dem Angebot der Jugendoffiziere war unverändert hoch. Obwohl sich die Personalsituation bei den Jugendoffizieren im Berichtsjahr durch Vakanzen angespannt zeigte, gelang es dennoch, eine moderate Steigerung bei der Zahl der konkret durchgeführten Informationsveranstaltungen und der Einsätze sowie eine spürbare Steigerung bei der Zahl der erreichten Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu erreichen.

Generell besteht in der Öffentlichkeit ein stark ausgeprägtes Interesse an qualifizierten Informationen aus erster Hand. Immer dann, wenn Auslandseinsätze der Bundeswehr thematisiert wurden, konnten gerade die Jugendoffiziere mit eigener Auslandseinsatzenerfahrung ihre persönlichen Eindrücke schildern und Einsatzrealität transportieren. Dies erhöht die Glaubwürdigkeit und unterstützt die Authentizität des Jugendoffiziers.

Interessante Inhalte mit hohem Aktualitätsbezug werden von den Jugendoffizieren zielgruppengerecht aufbereitet und unter Beachtung didaktischer und methodischer Gesichtspunkte zielgruppengerecht präsentiert. Die praktische Arbeit der Jugendoffiziere wird im Ergebnis sehr geschätzt und erfährt in der deutschen Bildungslandschaft seit über fünf Jahrzehnten uneingeschränkte Anerkennung.

So besteht zwischen Bildungsträgern und der Bundeswehr einvernehmlich der Konsens für eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. In acht Bundesländern wird dieser Konsens über die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Bundeswehr durch Kooperationsvereinbarungen zusätzlich getragen. Die Kultusministerien und Landeskommandos haben sich über die Kooperationsvereinbarungen einen Handlungsrahmen für die Arbeit der Jugendoffiziere geschaffen, der im überwiegenden Maße gegenseitige Handlungssicherheit vermittelt. Dagegen löste die im Berichtsjahr, z.B. in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt, kontrovers geführte Diskussion um den Zugang der Bundeswehr zu Schulen vereinzelt Verunsicherung aus.

Zur Präsenz der Bundeswehr an Schulen gab es deshalb – wie in der Vergangenheit – sehr wohl auch kritische Stimmen. Wiederholt wurde den Jugendoffizieren zu Unrecht unterstellt, dass ihre Veranstaltungen dem Zweck der Nachwuchswerbung für die Bundeswehr dienten. Dabei sind und bleiben Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr und

Nachwuchswerbung für die Bundeswehr zwei deutlich voneinander getrennte Aufgabenfelder, die in unterschiedlicher Verantwortung von unterschiedlichem Fachpersonal wahrgenommen werden.

Ein zweiter Kritikpunkt waren Zweifel an der Umsetzung des Beutelsbacher Konsenses, der als allgemein anerkannter Grundsatz in der politischen Bildungsarbeit gilt. Er umfasst ein Überwältigungsverbot, fördert das Kontroversitätsgebot und unterstützt die Schüler- und Teilnehmerorientierung. Die Arbeit der Jugendoffiziere berücksichtigt diese Vorgaben vollumfänglich. Einige Bundesländer überprüften diesbezüglich die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und konkretisierten in Folge vor allem ihre Erwartungen an die Schulen hinsichtlich einer ausgewogenen Präsentation deutscher Sicherheitspolitik im Unterricht.

Die Jugendoffiziere setzen sich intensiv mit den Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien zur deutschen Sicherheitspolitik auseinander. Um den direkten Draht zur Politik herzustellen, wird während der jährlichen Weiterbildungstagung aller Jugendoffiziere im Wechsel jeweils eine Bundestagsfraktion besucht, um ihre sicherheitspolitischen Vorstellungen aus erster Hand zu hören und im Gespräch zu erörtern. 2014 fand in diesem Rahmen erstmals eine Veranstaltung mit der Bundestagsfraktion DIE LINKE. statt, bei der die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Partei und ihre kritische Position zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zur Arbeit der Jugendoffiziere mit dem Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Verteidigungsausschuss diskutiert wurde. Infolge dieses Besuches wurden gemeinsame Veranstaltungen des Obmanns mit den Berliner und Kölner Jugendoffizieren an Schulen vereinbart.

2. Jugendoffiziereinsätze

Die 94 Dienstposten der hauptamtlichen Jugendoffiziere konnten in 2014 nicht alle besetzt werden. Waren zu Jahresbeginn sieben Dienstposten vakant, steigerte sich diese Zahl bis zur Jahresmitte auf 17 Vakanzen. Zum Ende des Berichtszeitraums waren immer noch 16 Dienstposten nicht kontinuierlich besetzt. Betroffen waren vor allem die Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg. Auslandseinsätze und Elternzeit führten zu zusätzlichen Fehlzeiten.

Von den zum Jahresende 78 besetzten Dienstposten waren zwölf mit Soldatinnen und vier mit Berufssoldaten besetzt.

Die besonders hohe Zahl an vakanten Dienstposten in 2014 ließ kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit nicht in allen Betreuungsbereichen zu. Am leichtesten waren Vakanzen an den Standorten aufzufangen, wo mehrere Jugendoffiziere Dienst leisteten. Vertretungsweise bedienten Jugendoffiziere aus benachbarten Betreuungsbereichen im Rahmen freier Kapazitäten vorliegende Anfragen. Schwerpunktmäßig kam es deshalb in den bereits genannten Bundesländern Hessen und Baden-Württemberg zu einem Rückgang der Einsatzzahlen.

Insgesamt wurden in 5.520 Veranstaltungen (Vorjahr: 5.484) 161.515 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Vorjahr: 152.235) erreicht. Die schwierige Personalsituation aus dem Jahr 2013 hat sich im Berichtsjahr 2014 weiter zugespitzt. Vor diesem Hintergrund ist der moderate Anstieg der durchgeführten Veranstaltungen und der erreichten Teilnehmerinnen und Teilnehmer als ein erfreuliches Ergebnis einerseits der besonders engagierten Arbeit der Jugendoffiziere und andererseits einem unverändert großen Interesse – im Wesentlichen – der Schulen zuzuordnen.

Das Angebot der Jugendoffiziere richtet sich an die Zielgruppe der Schülerinnen und Schüler sowie der Studentinnen und Studenten und an die Zielgruppe der Multiplikatoren (siehe Kategorien in der Anlage 2a). Die erreichten Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen wie schon im Vorjahr zu gut drei Vierteln aus der Zielgruppe der Schüle-

rinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten und zu knapp einem Viertel aus der Zielgruppe der Multiplikatoren.

Wie bereits in den Jahren zuvor, war der klassische Vortrag auch in 2014 die mit Abstand häufigste Veranstaltungsart. Die Jugendoffiziere hielten im Berichtsjahr 3.200 Vorträge (Vorjahr: 3.260), in denen sie 91.393 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Vorjahr: 89.746) erreichten. 89 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen waren Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten.

Bemerkenswert war ein Vortrag des Jugendoffiziers Nürnberg an der Universität Bayreuth vor 1.100 Studentinnen und Studenten.

Häufig waren die Vorträge ein Erstkontakt, aus dem sich anschließend weitere Veranstaltungen entwickelten.

Ein- und mehrtägige Seminare waren mit 876 Veranstaltungen (Vorjahr: 917) die zweithäufigste Veranstaltungsart, mit der 33.224 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Vorjahr: 34.942) erreicht wurden.

Die Seminare orientierten sich im überwiegenden Maße an den Wünschen der jeweiligen Seminargruppen und beinhalteten hochwertige sicherheitspolitische Angebote im In- und Ausland.

Im norddeutschen Raum wurden Kurzseminare für Schülerinnen und Schüler nach Berlin bzw. Bonn durchgeführt, während aufwändigere Seminare für Multiplikatoren nach Brüssel, Luxemburg, Straßburg, Den Haag und Wien führten. Der Jugendoffizier Göttingen widmete sich dem Jahresthema „100 Jahre Beginn des Ersten Weltkriegs“ und organisierte eine Seminarreise, welche die Teilnehmerinnen und Teilnehmer u.a. auf die ehemaligen Schlachtfelder vor Verdun führte.

Die Seminarform als zentrales Blockseminar hat sich im Rahmen der Referendaraus- bildung und Lehrerfortbildung besonders bewährt. In Nord-Bayern konnte u.a. ein kompletter Jahrgang von Referendarinnen und Referendaren an Berufsbildenden Schu- len erreicht werden.

Die Evaluierungen der sicherheitspolitischen Seminare zeigen regelmäßig, dass die Ju- gendoffiziere die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit fundierten Inhalten ebenso wie mit hoher Professionalität bei Organisation, Didaktik und Methodik überzeugen konn- ten.

Im Trend der vergangenen Jahre wurde die Simulation POL&IS weiterhin stark nach- gefragt. Die Anfragen zur Durchführung der Simulation überstiegen regelmäßig die Kapazitäten der Jugendoffiziere. So mussten die Angebote teilweise kontingentierte und unter langfristiger Terminplanung Wartelisten angelegt werden. POL&IS fand in erster Linie in externen Bildungseinrichtungen statt. Allerdings wurde auch auf geeignete mi- litärische Liegenschaften zurückgegriffen, die eine kostengünstige Alternative darstel- len. In einer Kaserne in Bremen wurde ein bestehendes POL&IS-Zentrum renoviert, so dass für die Simulation, künftig Unterkunft und Verpflegung in modernisierter Infra- struktur angeboten werden kann. Lehrkräfte schätzen POL&IS nach wie vor wegen des vernetzten Ansatzes der Simulation. Dieser Ansatz zeigt die globalen Zusammenhänge der unterschiedlichsten Politikfelder realitätsnah auf und lässt die gegenseitigen Ab- hängigkeiten, z.B. von Wirtschafts- und Umweltpolitik und/oder Außen- und Sicher- heitspolitik transparent werden. Konsequenzen aus Regierungshandeln sowie entspre- chender Entscheidungsprozesse werden für die Schülerinnen und Schüler im Verlauf der Simulation erleb- und nachvollziehbar.

Gerade diese umfassende Darstellung erfordert für die Durchführung von POL&IS je- doch einen Zeitbedarf von drei Tagen. Dieser Zeitansatz wird von Interessenten mitt- lerweile in verkürzten Schulzeiten und engen Lehrplänen als zu hoch bewertet. Nicht

zuletzt deshalb wird an alternativen Modellen gearbeitet. In Nagold gab es ein Pilotprojekt, bei dem eine inhaltlich und zeitlich gestraffte Version von POL&IS mit einer Realschule gespielt wurde. Diese Variante hat sich bewährt und soll in 2015 fortgeführt werden. Alternativ dazu wurden Planspiele untersucht, die sich an der Arbeitsweise der Vereinten Nationen orientieren und in Form eines Tagesseminars durchgeführt werden können.

Fortführung fanden im Berichtszeitraum auch die Workshops zu elektronischen Medien sowie den Jugendpressekongressen. Im Rahmen dieser Workshops realisierten die Jugendoffiziere u.a. auch Liveschaltungen in die Einsatzgebiete der Bundeswehr im Ausland und ermöglichten Schülerinnen und Schülern als recherchierende Redakteure auf diese Weise authentische Eindrücke von Aufgaben, Belastungen und der Einsatzrealität der Soldatinnen und Soldaten.

Da Auftrag und Aufgaben der Jugendoffiziere nicht überall bekannt sind, arbeiten die Jugendoffiziere zielgerichtet daran, sich und ihr sicherheitspolitisches Angebot auch dort zu präsentieren, wo man bislang noch nicht von ihnen gehört hat. In 869 Informationsveranstaltungen (Vorjahr: 885) berichteten die Jugendoffiziere über ihre Angebote. Diese Information war die dritthäufigste, durchgeführte Veranstaltungsart. Dabei wurden 5.434 Personen (Vorjahr: 5.388) erreicht. Schwerpunktmäßig nahmen Multiplikatoren mit 89 Prozent dieses Angebot wahr. Einblicke in die Praxis der Bundeswehr wurden durch 259 Besuche bei der Truppe (Vorjahr: 292) als vierthäufigste Veranstaltungsart vermittelt. Damit setzte sich der Abwärtstrend bei den Besuchen bei der Truppe weiter fort. Die Verkleinerung der Bundeswehr, Umgliederungen, Standortveränderungen und Auslandseinsätze lassen immer weniger Spielraum für die Durchführung von Veranstaltungen für Besucherinnen und Besucher militärischer Einrichtungen.

Dennoch ist das Interesse an einem „Blick hinter den Kasernenzaun“ ungebrochen und übersteigt häufig, wie es z.B. in Süd-Bayern festgestellt wurde, die Möglichkeiten zur Durchführung.

„Tage der Schulen“, bei denen sich militärische Einrichtungen an ausgewählten Tagen für eine Vielzahl von Schulklassen öffneten und häufig ein bundeswehrgemeinsames Programm präsentierten, haben sich als eine Alternative zu den punktuellen Besuchen einzelner Gruppen bewährt und tragen zur Entlastung einzelner Truppenteile und Dienststellen bei. Hierzu konnten die Jugendoffiziere zuvor Einladungen an alle Schulen ihres Betreuungsbereichs versenden. Ideal funktionierte dies während der Kieler Woche, als die Marine Mitfahrten auf Booten und Schiffen für die interessierte Öffentlichkeit anbot. Das Heer veranstaltete am Standort Augustdorf insgesamt drei Tage der Schulen. An allen drei Tagen übertraf die Nachfrage das kapazitätsmäßig verfügbare Angebot bei Weitem.

Die Besucherinnen und Besucher zeigten sich vom Engagement der beteiligten Truppenteile, der Begegnung mit Soldatinnen und Soldaten sowie der Vielfalt der militärischen Präsentationen beeindruckt.

Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden bietet im Rahmen eines Tagesprogramms vielseitige und kritische Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Krieg und Gewalt und der deutschen Militärgeschichte und hat sich als Anlaufpunkt für Jugendoffiziere und ihre Schulklassen mehr als bewährt. Die Sonderausstellung zum Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren stieß bei durchgeführten Besuchen auf besonderes Interesse. Das Museum erfüllt in besonderer Weise bestehende Lehrvorgaben für die Unterrichtsfächer Geschichte und Sozialkunde.

Die Zahl an Großveranstaltungen hat sich mit 257 (Vorjahr: 98) mehr als verdoppelt (Rang 5 der Veranstaltungsarten).

Die Jugendoffiziere beteiligten sich an Messen, Standort- und Landestagen der Bundeswehr, Konzerten der Big Band der Bundeswehr und standen dabei jedes Mal einem interessierten Publikum Rede und Antwort.

Die zahlreichen Publikumskontakte waren dabei jedoch von unterschiedlicher Qualität. Gab es bei manchen Veranstaltungen lediglich oberflächliche Kontakte, entwickelten sich bei anderen Veranstaltungen – z.B. auf der Bildungsmesse „didacta“ in Stuttgart – intensive Gespräche mit besonders interessierten Gesprächspartnern, die nicht selten zu Anschlussterminen führten.

In Berlin waren die Jugendoffiziere beim „Tag der offenen Tür der Bundesregierung“ im Bundesministerium der Verteidigung und im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung im Einsatz.

In Norddeutschland beteiligten sich die Jugendoffiziere erfolgreich am „Blaulicht-Tag“ in Husum, am „Mecklenburg-Vorpommern-Tag 2014“ in Neustrelitz, am „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober 2014 in Hannover, am „Hamburger Hafengeburtstag“, der „Kieler Woche“ und dem „Tag der offenen Tür“ der Marineteknikschule Parow.

Der Podiumsdiskussion kommt unter den Veranstaltungsarten stets eine besondere Bedeutung zu. Ihre Zahl hat sich in 2014 mit 59 Veranstaltungen zum Vergleich im Vorjahr (32) nahezu verdoppelt (Rang 6 der Veranstaltungsarten).

Im Berichtsjahr 2014 stach eine Podiumsdiskussion des Jugendoffiziers Berlin mit MdB Renate Künast, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und über 500 Schülerinnen und Schülern besonders heraus.

Die Jugendoffiziere in Mecklenburg-Vorpommern unterstützten den Regionalwettbewerb „Jugend debattiert“ mit sicherheitspolitischem Expertenwissen und als Juroren. Sie arbeiteten außerdem an Projekttagen mit und beteiligten sich an einem Schülerzeitungsprojekt.

Inhaltlich stand zu Beginn des Berichtsjahres der Einsatz in Afghanistan im Vordergrund, wobei sich die Nachfrage zu diesem Thema rückläufig zeigte und zum Ende der ISAF-Mission hin weiter abnahm. Schwerpunktfragen waren „Wie gestaltet sich die Rückverlegung nach Deutschland?“, „Was geschieht mit Afghanistan nach dem Ende der ISAF-Mission?“ und „Hat sich der Einsatz gelohnt?“.

Alle anderen Auslandseinsätze der Bundeswehr waren in der externen Wahrnehmung der angesprochenen Zielgruppen von nachrangiger Bedeutung. Thematisiert wurden gelegentlich KFOR, ATALANTA, der Türkei-Einsatz ACTIVE FENCE und die Mali-Mission EUTM (European Training Mission Mali). Katastropheneinsätze der Bundeswehr, wie die Hochwassereinsätze der vergangenen Jahre blieben auch in 2014 ein positiv besetztes Thema. Die Themen „Neuausrichtung der Bundeswehr“, „Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr“ oder „Personal- und Ausrüstungsprobleme in den Streitkräften“ wurden ebenfalls nur gering nachgefragt.

Inhaltlich drehten sich Fragestellungen neben den o.a. Themen auch um den Bürgerkrieg in Syrien, die Ukraine-Krise, den Nahostkonflikt, die Situation im Irak, die Ebola-Epidemie und der Flüchtlingsproblematik in den unterschiedlichen Krisen- und Konfliktgebieten.

In der zweiten Jahreshälfte verlagerte sich das Interesse hin zum Ukrainekonflikt sowie dem Thema - Islamischer Staat (IS) und dessen gewaltsame Aktionen in Syrien und im Irak.

II. Zusammenarbeit mit und Meinungslage der Behörden, Schulen, Hochschulen und anderen Institutionen

1. Kultusministerien, Schulbehörden und Landeszentralen für politische Bildung

Die Zusammenarbeit mit den Kultusministerien wurde von den Jugendoffizieren überwiegend als gut beschrieben. Die Bundeswehr war als Partner in der politischen Bildungsarbeit anerkannt, geschätzt und wurde vielfach genutzt. In acht Bundesländern wird die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Kultusministerien durch Kooperationsvereinbarungen begleitet.

Die Ministerin für Schule und Weiterbildung und stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Sylvia Löhrmann, besuchte das Landeskommando Nordrhein-Westfalen. Ihr Besuch galt explizit der Arbeit der Jugendoffiziere. Sie sprach mit den Jugendoffizieren über deren Erfahrungen und Eindrücke und besprach Verfahren und Arbeitsweisen. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Bundeswehr wurde von allen Beteiligten als eine nützliche Regelung zur Koordinierung der Bildungsarbeit bewertet. Das Bekenntnis der Ministerin zu den Jugendoffizieren war ein besonderer Ausdruck der Wertschätzung der von ihnen geleisteten Arbeit.

In Rheinland-Pfalz und im Saarland bewährten sich die Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr ebenfalls und betonen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren.

Die in Mecklenburg-Vorpommern bestehende Kooperationsvereinbarung wurde durch eine Handreichung ergänzt, nach der Eltern vor einem Besuch von Schülerinnen und Schülern bei der Truppe ihre Zustimmung erteilen müssen.

In Baden-Württemberg wurde auf Wunsch der Landesregierung die bestehende Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr überarbeitet. Die zeitgleich stattfindende politische Debatte über die Kooperationsvereinbarung erschwerte die bis dahin traditionell gute Zusammenarbeit mit den Schulen. Jugendoffiziere erfuhren von Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Lehrerinnen und Lehrern, dass in vielen Schulen Unsicherheit darüber entstand, welche Position das Kultusministerium zur Kooperation mit der Bundeswehr vertreten werde und welche Absicht sie mit der Anpassung der Kooperationsvereinbarung verfolge. Um dieser Verunsicherung entgegen zu treten, hat das Kultusministerium zwischenzeitlich eine „Handreichung zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr an den Schulen“ veröffentlicht.

In Hessen ist der zuständige Bezirksjugendoffizier die Kontaktperson zum Kultusministerium. Die in diesem Bundesland bestehende Kooperationsvereinbarung ermöglichte dem Jugendoffizier regelmäßige Treffen mit Vertretern des Kultusministeriums und bietet somit eine konstruktive und abgestimmte Zusammenarbeit.

In Bayern ist die jährliche Koordinierungsbesprechung der Jugendoffiziere mit Vertretern des Kultusministeriums, der zuständigen Ministerialbeauftragten und der Lehrer- aus- und -fortbildung institutionalisiert und hat sich auch in 2014 erneut bewährt. Die Zusammenarbeit mit den Ministerialbeauftragten ermöglichte den Jugendoffizieren mehrfach die Vorstellung ihrer Tätigkeit und ihres Bildungsangebotes im Rahmen von Rektorentagungen.

In Thüringen wurden halbjährliche Arbeitsgespräche mit dem für Schulen zuständigen Staatssekretär durchgeführt. Nach der Landtagswahl im Herbst 2014 regelt der Koalitionsvertrag die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Bundeswehr seitdem wie folgt: „Künftig sollen an Schulen im Sinne des Beutelsbacher Konsenses keine Unterrichts-, Informations- und Bildungsveranstaltungen in alleiniger Durchführung der Bundeswehr mehr stattfinden. Die gesetzlich garantierte Eigenverantwortung der Schulen bleibt hiervon unberührt.“ Mit der Einbindung der Forderungen des Beutelsbacher Konsenses in der betreffenden Passage des Koalitionsvertrags findet eine der maßgeb-

lichen Grundlagen der Arbeit der Jugendoffiziere offiziell Erwähnung. Einige Lehrerinnen und Lehrer befürchteten nach eigenen Aussagen dennoch für die Zukunft eine Erschwerung der Zusammenarbeit. Einschränkungen waren in der Praxis bislang jedoch nicht zu beobachten. Die gute Zusammenarbeit mit den fünf staatlichen Schulämtern in Thüringen sowie den staatlichen Studienseminaren in Erfurt, Gera und Jena setzte sich in vielfältigen Aktivitäten wie Vorträgen im Schulunterricht und Seminarfahrten weiter fort. Insgesamt gelang es im Berichtsjahr, die Kontakte zu den Studienseminaren auszubauen und die Mitwirkung in der Lehrerbildung auszuweiten.

So wurde mit den Referendarinnen und Referendaren des Studienseminars für berufliche Schulen in Kassel eine Seminarfahrt nach Brüssel durchgeführt.

In Niedersachsen leistete der zuständige Jugendoffizier einen Beitrag in der Referendarausbildung beim Studienseminar Meppen.

Im Bezirk Westfalen-Lippe bewährte sich die Zusammenarbeit der Jugendoffiziere mit den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung (ZfsL) und führte vermehrt zu Folgeveranstaltungen an Schulen. Die Jugendoffiziere arbeiteten in allen Bezirken in ZfsL, so in Münster, Borken und Rheine, mit. Sie kooperierten zudem mit dem Studienseminar für Lehrämter an Schulen in Dortmund.

Auch im Bereich der Lehrerfortbildung waren die Jugendoffiziere aktiv. In Thüringen arbeiteten die Jugendoffiziere mit dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) zusammen.

In Bayern beteiligten sich die Jugendoffiziere an der bayernweiten Lehrerfortbildungsdatenbank „Fortbildung in bayerischen Schulen – FIBS“.

Mit dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen im Bundesland Schleswig-Holstein (IQSH) wurde eine Seminarfahrt nach Luxemburg und Straßburg durchgeführt.

Es besteht eine Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung in Hessen. Sie war Kooperationspartner bei einer sicherheitspolitischen Lehrerfortbildung.

Ebenso beteiligten sich die Landeszentralen für politische Bildung in Berlin und Brandenburg an Kooperationsveranstaltungen mit Jugendoffizieren bis hin zur Unterstützung von Auslandsseminaren für Referendare.

Die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung in Bremen funktionierte hervorragend.

Mit den Landeszentralen für politische Bildung bestand in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland regelmäßiger Kontakt. Es wurden auch einige gemeinsame Projekte realisiert.

Im Herbst 2014 erfolgte mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ein erstes Arbeitstreffen, in dem auch künftige Kooperationsmöglichkeiten erörtert wurden.

Insgesamt konnte die Zusammenarbeit mit den Landeszentralen für Politische Bildung im Berichtsjahr mäßig intensiviert werden.

Mit der Bundeszentrale für politische Bildung wurde mittelbar über unterschiedliche Bildungsträger zusammengearbeitet.

2. Schulen

a. Pädagoginnen und Pädagogen

Die Schulen als Einladende und Verantwortliche für die Unterrichtsdurchführung griffen gerne auf die sicherheitspolitische Expertise der Jugendoffiziere zurück und be-

grüßten im Sinne des Beutelsbacher Konsenses die ausgewogene, unvoreingenommene und offene Darstellung deutscher Sicherheitspolitik durch die Jugendoffiziere.

Sicherheitspolitik selbst ist in einigen Bundesländern im Lehrplan verankert. Die Jugendoffiziere hatten aus diesem Grunde zu bestimmten Zeiten eine besonders hohe Nachfrage aus dem schulischen Bereich zu verzeichnen. Besonders auffällig war dies in Thüringen. Hier häuften sich die Anfragen der Schulen immer dann, wenn der Lehrplan Sicherheitspolitik auswies. War dies nicht der Fall, waren kaum Anfragen zu verzeichnen.

Aus Berlin und Brandenburg wurde von einer Reduzierung an durchgeführten Politikkursen und einem daraus resultierenden Rückgang der Jugendoffiziereinsätze berichtet.

Vielfach wurde der Vortrag des Jugendoffiziers als Einstieg in die Thematik und zur Vermittlung sicherheitspolitischen Grundlagenwissens genutzt. Teilweise baute der Vortrag auf bereits behandelten Unterrichtsstoff auf und diente der Vertiefung ausgewählter Aspekte.

Eine lebensaltersgerechte Aufbereitung der Inhalte und eine moderne Methodik durch die Jugendoffiziere sorgten – so die erfreuliche Resonanz aus den Schulen – stets für eine überzeugende Stoffvermittlung.

Die Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern gestaltete sich generell offen, vertrauensvoll, konstruktiv, kollegial, aber auch respektvoll. Die Jugendoffiziere konnten regelmäßig drei Kategorien der Zusammenarbeit mit den Pädagogen erkennen: Lehrerinnen und Lehrer, die das Ausbildungsangebot der Jugendoffiziere – durch Rundschreiben offeriert oder von Kollegen empfohlen – einmal ausprobiert hatten und dann immer wieder darauf zurückkamen; Junglehrerinnen und Junglehrer, die die Arbeit der Jugendoffiziere während ihrer Referendarzeit kennengelernt hatten und nun in verantwortlicher Lehrfunktion immer wieder gern Gebrauch davon machten, sowie Lehrerinnen und Lehrer, die sich aus ideologischen Gründen einer Zusammenarbeit verschlossen. Diejenigen Lehrer, die in der Bundeswehr gedient hatten, erwiesen sich als besonders aufgeschlossen für Veranstaltungen der Jugendoffiziere.

Die Bundeswehr fand im ländlichen Raum mehr Zustimmung als im städtischen Bereich.

In Norddeutschland war vereinzelt eine offene Ablehnung der Bundeswehr in Hamburg, Bremen und Göttingen zu verzeichnen. In Hamburg versuchten die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und das Bündnis Bildung ohne Bundeswehr (BOB) durch Briefe an die Schulen Jugendoffiziereinsätze zu verhindern. Auch die Jugendorganisation der Partei DIE LINKE. initiierte Anti-Bundeswehr-Aktionen.

In Mittel- und Nordhessen kam es im Rahmen der Verbindungsaufnahme vereinzelt zu politischen Grundsatzdebatten, bei denen einige Lehrerinnen und Lehrer und ein stellvertretender Schulleiter kein Hehl daraus machten, dass sie die Präsenz von Bundeswehrvertretern in den Schulen ablehnten. Auch Lehrerinnen und Lehrer, die den Jugendoffizier in ihren Unterricht einluden, berichteten gelegentlich von Schwierigkeiten mit dem zuständigen Fachbereich und der Schulleitung.

Bestrebungen einzelner Personen und Gruppen in Berlin und Brandenburg, ein Vortragsverbot an Schulen durchzusetzen, fand keine Unterstützung.

Inhaltlich entzündet sich die Kritik zumeist an dem fälschlicherweise unterstellten personalwerblichen Charakter der Jugendoffiziereinsätze. Dabei ist zum Teil in Unkenntnis oder in bewusst vertretener Missachtung der Realität, d.h. der strengen Aufgabenteilung zwischen Jugendoffizieren (Sicherheitspolitik und Öffentlichkeitsarbeit) und Karriereberatern (Nachwuchswerbung und Nachwuchsgewinnung), die Begründung zu suchen. Vornehmlich wird aus diesen beiden Gründen eine Zusammenarbeit abgelehnt, um den Jugendoffizieren – vermeintlich – keine „Bühne für Werbung für den Soldatenberuf und Nachwuchsgewinnung“ an den Bildungseinrichtungen zu bieten.

Viele Lehrerinnen und Lehrer sahen sich durch die Medienberichterstattung über die problematische Situation im Rüstungs- bzw. Ausrüstungsbereich zu Nachfragen veranlasst.

In Baden-Württemberg war die Anfrage nach Vorträgen an Gymnasien rückläufig, weil das Unterrichtsfach Sicherheitspolitik nach einem Beschluss des Kultusministeriums nicht mehr prüfungsrelevant für das Abitur ist.

In Norddeutschland ließ das zeitlich um ein Jahr verkürzte „G8-Abitur“ nur wenig Spielraum in den Lehrplänen, so dass das Angebot der Jugendoffiziere oft zeitlich nicht zu platzieren war.

In Niedersachsen wurden im Zusammenhang mit der Ausweitung des Angebotes an Ganztagschulen neue Richtlinien erlassen, nach denen „außerunterrichtliche Angebote“ für Lehrkräfte nur begrenzt als regulärer Unterricht angerechnet werden. Daraus resultierend hat die Bereitschaft der Lehrerinnen und Lehrer zu Ausbildungsfahrten mit Jugendoffizieren stark nachgelassen.

b. Schülerinnen und Schüler

Grundsätzlich war bei den Schülerinnen und Schülern kein ausgeprägtes Interesse an Politik und in Konsequenz auch an Sicherheitspolitik festzustellen. Diese Themen hatten nach ihrer Wahrnehmung mit ihrer individuellen Lebenswirklichkeit wenig zu tun. Das Leben in einem sicheren Umfeld und in einer freien Gesellschaft wird als Normalität in einer Demokratie vorausgesetzt und als Selbstverständlichkeit erwartet.

Die Zusammenhänge internationaler Beziehungen wurden häufig als zu komplex bewertet. Folglich stießen die Jugendoffiziere bei ihren Einsätzen auf wenig Grundlagenwissen oder ein lediglich oberflächliches Wissen. Generell waren die Kenntnisse an Gymnasien besser als in anderen Schulformen. Dabei wiederum war an den Gymnasien das Wissen in gesellschaftswissenschaftlichen Leistungskursen ausgeprägter vorhanden als in entsprechenden Grundkursen. Zumeist oblag es deshalb dem methodisch-didaktischen Geschick des jeweiligen Jugendoffiziers, Interesse zu wecken und zur aktiven Mitarbeit zu motivieren.

Sobald in den Medien aus aktuellem Anlass bestimmte Themen platziert wurden, rückten diese auch umgehend in das Blickfeld der Jugendlichen. Dies traf auf die Themen Ukraine (Sezession der Krim und Bürgerkrieg mit russischer Beteiligung im Osten des Landes), Islamischer Staat (Kämpfe und Terror in Syrien und Irak) und Ebola (Ausbruch und Bekämpfung der Seuche in Westafrika) zu. Das bereits in 2013 aufgekommene Thema NSA-Spionageaffäre wurde in 2014 weiter diskutiert.

Darüber hinaus stieg bei persönlicher Betroffenheit das Interesse der Schülerinnen und Schüler automatisch. Die entstehende Debatte wird in diesen Fällen sofort engagierter und lebendiger. Beispielsweise hat im Landkreis Offenbach ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler, mitunter sogar ein Teil der Lehrkräfte, einen Migrationshintergrund. Sie haben persönlich Erfahrung in verschiedenen Krisenregionen der Welt gesammelt und waren häufig selbst von Flucht und Vertreibung betroffen. Betroffenheit wurde aber auch schon dadurch geschaffen, dass sich die Ukraine-Krise in geographischer Nachbarschaft zu Mitteleuropa abspielt.

Das Internet war die vorrangig genutzte Informationsquelle der Schülerinnen und Schüler, am liebsten via Smartphone und über soziale Netzwerke. Es folgten audiovisuelle Medien, zumeist aus dem Bereich privater Sender. Die klassische Tageszeitung wurde – laut Schüleraussagen – praktisch nicht mehr genutzt.

Ist das Interesse erst geweckt, geht die Initiative zur Einladung des Jugendoffiziers bisweilen auch von den Jugendlichen aus. So wurde auf unmittelbares Betreiben von Schülerinnen und Schülern in Freiburg der dortige Jugendoffizier mehrfach über die zuständige Lehrkraft in den Unterricht eingeladen.

Die Simulation POL&IS findet regelmäßig besonderen Anklang, weil sie komplexe politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge auf internationaler Ebene durch praktisches Handeln veranschaulicht. Dabei wurde in vielen Fällen erstmals realisiert, dass sowohl Handeln als auch Nicht-Handeln Konsequenzen nach sich ziehen und dass es „keine einfachen Lösungen“ gibt.

Die Bundeswehr gilt als staatlich legitimierte Institution, deren Notwendigkeit anerkannt wird und die allgemein positiv betrachtet wird. Gelegentlich werden Vorurteile und Halbwissen über die Bundeswehr unreflektiert wiedergegeben. Der Jugendoffizier wird als authentischer Vertreter der Bundeswehr respektiert und als sicherheitspolitischer Fachmann anerkannt.

Wenn es an die Vorbereitung auf die Abiturprüfungen ging, wurden die Jugendoffiziere gern mit der Bitte um Informationsmaterial zu ausgewählten sicherheitspolitischen Themen angesprochen.

Die Bundeswehr spielt als Institution im Interesse der Schülerinnen und Schüler nur eine untergeordnete Rolle. Dieses Interesse steigt, wenn Ausbildungsoptionen oder berufliche Möglichkeiten bei der Bundeswehr hinterfragt werden oder individuell in Betracht gezogen werden. Bei diesen Nachfragen verweisen die Jugendoffiziere ausnahmslos an die zuständigen Karriereberaterinnen und Karriereberater.

Den Soldatinnen und Soldaten stehen die Jugendlichen positiv gegenüber und erkennen ihren persönlichen Einsatz und ihre Leistungen an. Dabei spielten auch die ethische Betrachtung des Soldatenberufes und die Auswirkungen des Berufes auf das Privatleben eine Rolle: Wann ist es gerechtfertigt zu töten? Wie geht man mit dem Risiko um, selbst verwundet oder getötet zu werden? Welche Folgen haben die langen einsatzbedingten Abwesenheitszeiten für das Verhältnis zur Familie und zu Freunden?

3. Hochschulen

Die Jugendoffiziere unterhielten Kontakte zu Universitäten und Hochschulen in ganz Deutschland und einigen europäischen Standorten, wobei es zu einer Vielzahl von Veranstaltungen unterschiedlichster Art und Qualität kam.

Hervorzuheben ist der Lehrauftrag der Thüringer Jugendoffiziere im „Studium Fundamentale“ an der Universität Erfurt, der in 2014 bereits zum sechsten Mal erteilt wurde. Die Seminarreihe „Aspekte der Internationalen Friedens- und Konfliktforschung“ wird regelmäßig angeboten.

Ein weiterer Lehrauftrag für die Jugendoffiziere besteht seit 2010 im Fach Politikwissenschaft an der Verwaltungsfachhochschule Gotha.

An der Universität Freiburg fand eine Podiumsdiskussion statt, an der Universität Konstanz ein Wochenendseminar.

Die Jugendoffiziere Ulm führten mit der Politik-Fakultät der Universität Tübingen eine zehntägige Seminarfahrt mit sicherheitspolitischem Schwerpunkt nach Wien und Brüssel durch. Sie arbeiteten zudem mit den Pädagogischen Hochschulen in Schwäbisch Gmünd und Weingarten zusammen.

Die Jugendoffiziere Freiburg gestalteten ein maritimes Seminar für Studentinnen und Studenten der Hochschule Furtwangen, in dessen Verlauf Wilhelmshaven, Cuxhaven und Hamburg besucht wurden.

Die Jugendoffiziere Stuttgart gingen mit dem Seminar in Sindelfingen auf eine zweitägige Seminarfahrt zur Kriegsgräberstätte nach Bad Niederbronn in Frankreich.

Der Jugendoffizier Freiburg hielt einen Vortrag beim Alumnitreffen eines MBA-Studiengangs für Ingenieure der Universitäten Karlsruhe und Paris.

An den Universitäten Bremen, Rostock und Braunschweig hielten Jugendoffiziere Vorträge in diversen Studiengängen. Die Hochschule in Bremen beruft sich dagegen auf

die Zivilklausel und lehnt vor diesem Hintergrund eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr ab.

In Bayern bestehen gute Kontakte zu den Universitäten Regensburg, Würzburg, Bayreuth, Passau und Augsburg sowie zur Hochschule Erlangen-Nürnberg.

In Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wurde mit den Hochschulen bzw. Universitäten in Bonn, Köln, Dortmund, Duisburg-Essen, Bielefeld, Landau und Kaiserslautern kooperiert. Der Jugendoffizier Köln hielt eine Vorlesung über moderne Piraterie an der humanwissenschaftlichen Fakultät der Kölner Universität.

In 2014 wurde die bislang schon bewährte Kooperation mit einer ungarischen Universität fortgesetzt. Das POL&IS-Seminar an der Andrassy-Universität in Budapest verlief so erfolgreich, dass in 2015 auch die Deutsche Schule in Budapest die Simulation kennenlernen möchte. Viele Universitäten zeigten sich der Bundeswehr gegenüber aufgeschlossen. Studentinnen und Studenten zeigten sich teils positiv, teils kritisch, so dass ein eindeutiges Stimmungsbild nicht auszumachen war.

4. Arbeitgeber-/Arbeitnehmerorganisationen

Im Bereich der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gab es im Berichtszeitraum nur wenige Kontakte und kaum gemeinsame Veranstaltungen.

Der Unternehmerverband Berlin/Brandenburg arbeitete im Rahmen mehrerer Veranstaltungen mit den Jugendoffizieren zusammen. Die Mitgliedschaft eines Jugendoffiziers im Arbeitskreis Bundeswehr und Wirtschaft hat der Bundeswehr zusätzliche Kontakte zu Vertretern der Wirtschaft eröffnet. Das Pilotprojekt „Führen lernen“ hat zu einem besseren Verständnis zwischen Bundeswehr und Wirtschaft geführt; die Bundeswehr plant, dieses Projekt bundesweit zu institutionalisieren.

Im Bezirk Saar-Pfalz konnte ein Kontakt zur Industrie- und Handelskammer des Saarlandes gehalten werden, aus dem sich mehrere Einladungen zu Veranstaltungen für die Jugendoffiziere Saarlouis ergaben.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde in Folge eines Grundsatzbeschlusses der Gewerkschaft ver.di das Ende der bislang reibungslosen Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsverband Arbeit und Leben angekündigt.

5. Jugendorganisationen der Parteien

Es bestanden regelmäßig und flächendeckend gute Kontakte zur Jungen Union. In Wiesbaden und in Mittelhessen wurden mit dieser Jugendorganisation mehrere gemeinsame Veranstaltungen in Form von Vorträgen und Tagesseminarfahrten durchgeführt.

In Westdeutschland kam es zu Vortragsveranstaltungen, Seminarfahrten und POL&IS-Simulationen.

Beim Landestreffen der Schüler Union in Mannheim war ein Jugendoffizier im Einsatz.

Seltener sind die Kontakte zu den Jungsozialisten (Jusos). Im Betreuungsbereich Freiburg kam es zu einem Wochenend-Landestreffen mit den Jusos aus Baden-Württemberg, die ein ausgeprägtes Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Themen erkennen ließen.

In Lüneburg konnte ein Kontakt zu den Jungen Liberalen hergestellt werden. Darüber hinaus referierte der Jugendoffizier Freiburg auf einem Landestreffen der Jungen Liberalen zu deutscher Außen- und Sicherheitspolitik und legte damit den Grundstein für eine intensive sicherheitspolitische Debatte.

6. Besondere/Weitere Kontakte

In Norddeutschland trafen Jugendoffiziere im Rahmen ihrer Einsätze mit den Ministerpräsidenten Torsten Albig (Schleswig-Holstein), Erwin Sellering (Mecklenburg-Vorpommern) und dem Ersten Bürgermeister Jens Börnsen (Freie Hansestadt Bremen) zusammen.

Die Evangelische Akademie der Nordkirche in Hamburg führte die Veranstaltung „Der Soldat am Lehrerpult?“ durch, in der die Rolle der Jugendoffiziere in Schulen thematisiert wurde. Befürworter und Gegner von Jugendoffiziereinsätzen erläuterten und diskutierten ihre Argumente. Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung, Markus Grübel, erläuterte und diskutierte dabei den politischen Rahmen der Präsenz der Bundeswehr an Schulen. Der Kommandeur des Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr (bis 31.12.2014 Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation) in Strausberg stellte in seinem Beitrag die Ausbildung und Tätigkeit von Jugendoffizieren in den Mittelpunkt. Die Zahl von 100 Teilnehmern unterstrich das besondere Interesse an der Gesamthematik.

Viele Jugendoffiziere unterhielten im Berichtsjahr gute Kontakte zu Bundestagsabgeordneten im Verteidigungsausschuss, bei denen sie auch Praktika absolvierten.

Die Berliner Jugendoffiziere referierten regelmäßig im Deutschen Bundestag vor den Praktikantinnen und Praktikanten der einzelnen Fraktionen.

In Baden-Württemberg war die Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft (ASG) wichtigster Partner bei der Realisierung des Seminarangebotes der Jugendoffiziere. Auch in Nord- und Westdeutschland war die ASG ein wichtiger Partner bei den gemeinsam realisierten Seminarfahrten.

Zur Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. (GSP) bestehen vielfältige Kontakte. Über eine sicherheitspolitische Veranstaltung in Bad Dürkheim gelang dem dortigen Jugendoffizier der Aufbau neuer Kontakte zu wichtigen Multiplikatoren. In Lüneburg wurde gemeinsam mit der GSP der deutsche Berlinalebeitrag 2014 „Zwischen Welten“ gezeigt und anschließend lebhaft mit dem Jugendoffizier und einem einsatzerfahrenen Kompaniechef diskutiert.

In Karlsruhe ist die Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Jugendoffiziere. Mit der Generalbundesanwaltschaft wird regelmäßig bei Seminarfahrten und Besuchen mit Multiplikatoren zusammengearbeitet.

Dem Jugendoffizier Köln gelang es, gemeinsam mit der Hochschulgruppe Köln des Bundesverbandes für Sicherheitspolitik an Hochschulen, an den 10. Petersberger Gesprächen teilzunehmen.

Bei der Deutschen Atlantischen Gesellschaft (DAG) fanden die Jugendoffiziere mit ihren Vorträgen ein interessiertes und erfahrenes Fachpublikum.

Ein binationales POL&IS wurde zum wiederholten Male mit dem Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg aus Lüdinghausen und dem Delton College aus dem niederländischen Zwolle veranstaltet.

Der Jugendoffizier Bonn organisierte im Europahaus Marienberg ein trinationales Seminar mit deutschen, niederländischen und tschechischen Schülerinnen und Schülern. Die Erarbeitung unterschiedlicher Sichtweisen auf aktuell sicherheitspolitische Herausforderungen in der Welt wurde durchweg positiv wahrgenommen.

Die Zusammenarbeit mit dem Jugendparlament der Stadt Sundern wurde in 2014 mit einem Seminar in Berlin, Leipzig und Dresden zum Thema „25 Jahre Mauerfall – Der Fall des Eisernen Vorhangs“ fortgesetzt.

Die Stiftung Bildung für Thüringen und das Landeskommando Thüringen schlossen eine Kooperationsvereinbarung über die Arbeit der Jugendoffiziere in Thüringen ab, der in Thüringen als Meilenstein der Zusammenarbeit bewertet wurde.

In Mittelhessen bestehen gute Kontakte auch zu wohltätigen Organisationen; dazu gehören ein Lions Club und verschiedene Rotary Clubs. Mit Rotaract, der Jugendorganisation von Rotary, gab es in Freiburg erstmals eine abendliche Vortragsveranstaltung. In Thüringen führten die Jugendoffiziere in Kooperation mit dem Lions Club Weimar ein multinationales POL&IS in englischer Sprache durch, das 32 junge Erwachsene aus Deutschland, Frankreich, Polen, Ungarn, Rumänien und Israel zusammenführte.

Gemeinsam mit dem Klett-Verlag wurden in Hamburg Lehrerweiterbildungen organisiert.

In Bayern gelang es, im Rahmen der mittelfränkischen Sicherheitsgespräche die Kontakte zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie zur Fachhochschule Ansbach zu vertiefen. Mit dem Projekt „mehrWert Demokratie“ als Bestandteil des Wertebündnisses Bayern konnte ein POL&IS-Seminar realisiert werden. Mit der Hanns-Seidel-Stiftung und der Europäischen Akademie Bayern wurden verschiedene Seminarprojekte in die Tat umgesetzt.

Im Rahmen der 46. young leaders Akademie referierten Jugendoffiziere vor 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum Thema „Ethik und Verteidigung“.

Die Jugendoffiziere in der Region Berlin/Brandenburg verzeichneten eine Zunahme an Veranstaltungen mit kirchlichen Einrichtungen.

Im Raum Berlin gab es weitere Kontakte mit dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), der Stiftung Genocide Alert und dem Global Public Policy Institute (GPPI), die Ausgangspunkt für die Planung gemeinsamer Veranstaltungen wurden.

In Baden-Württemberg und Nordhessen bestehen ausgezeichnete Verbindungen zu Reservistenkameradschaften und zum Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr. Mit den Reservisten wurde u.a. ein gemeinsamer Messeauftritt realisiert.

III. Eindrücke der Jugendoffiziere

1. Politik, Parteien, Staat und Gesellschaft

Das Interesse Jugendlicher an Politik ist im Allgemeinen und im Speziellen an Sicherheitspolitik gering; die Kenntnisse bewegen sich auf entsprechendem Niveau. Der Jugendoffizier Appen stellte beispielhaft fest, dass „Reden und Ergebnisse der Münchener Sicherheitskonferenz so gut wie keine Beachtung bzw. Interesse fanden“.

In den Themenfeldern Politik, Staat und Gesellschaft war regelmäßig festzustellen, dass Vorwissen und Interesse der Schülerinnen und Schüler kaum ausgeprägt waren. Lehrkräfte, die mit persönlichem Engagement Schülerinnen und Schüler bewusst mit politischen Themenfeldern konfrontieren, wecken jedoch sehr wohl Interesse. Dies führt im sich anschließenden Dialog mit den Jugendoffizieren zu konstruktiven Diskussionen und dient in besonderer Weise der eigenen Entscheidungs- und Standpunktfindung. Wenn die Medien ein Thema in den Vordergrund stellten oder sogar eigene Betroffenheit gegeben war, verstärkten sich Aufmerksamkeit und Interesse. Persönliche Betroffenheit führte gelegentlich auch zu individuellem Engagement in Arbeitsgemeinschaften oder Initiativen.

Die Europawahl als punktuelles Ereignis führte zu einem kurzzeitigen Anstieg des Interesses an und der Beschäftigung mit der Europäischen Union (EU) und ihren Grundlagen.

Der Bedeutung des demokratischen Staatsaufbaus war den Schülerinnen und Schülern bewusst, wurde aber als selbstverständlich angenommen. Generell herrschte eine distanzierte Haltung zu Staat und Politik vor, insbesondere zu den politischen Parteien.

Außenpolitisch waren vor allem die Konflikte in der Ukraine und um den Islamischen Staat (IS) von Interesse, wobei sich die Jugendlichen vor allem auf mögliche Auswirkungen für Deutschland konzentrierten (z.B. unkontrollierte Migration in bzw. aus Krisenregionen).

Mit der Simulation POL&IS gelang es den Jugendoffizieren erneut, politisches Interesse bei den Jugendlichen zu wecken. So wurde deutlich, dass man sich um „eigene (nationale) Belange automatisch intensiver kümmere als um die Belange Dritter“. Immer dann, wenn ein Konflikt in räumliche Nähe zu Europa rückte, standen für die Schülerinnen und Schüler Diplomatie, Kompromissbereitschaft, Entwicklungshilfe und tragfähige Lösungsstrategien automatisch im Vordergrund. Ereigneten sich die Konflikte in fernen Regionen, wurde der Einsatz militärischer Mittel zur Herbeiführung einer Lösung eher in Betracht gezogen.

Freiwilliges Engagement oder ein freiwilliges soziales Jahr nach der Schulzeit war für viele Jugendliche, insbesondere Gymnasiasten, durchaus eine Option. Der freiwillige Wehrdienst wurde in diesem Zusammenhang jedoch nur selten in Betracht gezogen.

2. Bundeswehr: Auftrag, Legitimation, Einsätze

Die Einstellung gegenüber der Bundeswehr war mehrheitlich positiv, aber auch dadurch gekennzeichnet, dass die überwiegende Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer keine Berührungspunkte zur Bundeswehr hat.

Notwendigkeit und Existenz einer deutschen Armee wurden von einer deutlichen Mehrheit getragen und nur selten hinterfragt. Diese Positionierung fußte zum Teil auf Akzeptanz, zum Teil auf Gleichgültigkeit. Zweifel an der Notwendigkeit von Streitkräften und der Höhe des Verteidigungsetats wurden in Berlin häufiger vernommen.

Die klassischen Aufträge Landesverteidigung, Hilfe bei Naturkatastrophen und humanitäre Hilfseinsätze erfuhren in der Regel den höchsten Zuspruch.

Medienberichte über den vermeintlich kritischen Zustand der Bundeswehr hinsichtlich ihrer personellen und technischen Ausstattung führten angesichts der Vorgänge in der Ukraine mitunter zu der Befürchtung, die Bundeswehr sei nur noch bedingt zur Verteidigung Deutschlands in der Lage. Vereinzelt wurde sogar eine personelle Aufstockung der Bundeswehr sowie eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts gefordert, um die Sicherheit Deutschlands tatsächlich gewährleisten zu können. In einigen Kontakten in Niedersachsen wurde dem Auftrag Landesverteidigung in der heutigen Zeit dagegen keinerlei Bedeutung beigemessen.

Die Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan und im Kosovo waren bekannt, Ziele und Inhalte der Missionen jedoch in der Regel nicht. Politische Entscheidungsprozesse und verbindliche juristische Grundlagen militärischer Missionen waren zumeist unbekannt. Vom Ansatz der vernetzten Sicherheit erfuhren die Teilnehmer häufig zum ersten Mal durch den Jugendoffizier.

Das Interesse am Einsatz in Afghanistan hat spürbar abgenommen. Man hat ihn häufig als Kampfeinsatz mit Gefechten und einer größeren Anzahl traumatisierter deutscher Soldaten in Erinnerung. Wenn gelegentlich Kritik an der Mission geübt wurde, dann mit Schlagworten der Friedensbewegung, aber nicht mit handfesten Argumenten.

Die Positionen bezüglich des Kampfes gegen den IS waren uneinheitlich. Während die Jugendoffiziere in Appen von Fällen berichteten, in denen Jugendliche ein größeres Engagement der Bundeswehr gegen den IS forderten, sahen andere Schülerinnen und Schüler bereits die Waffenlieferungen an die Peschmerga kritisch.

3. Wehrpflicht

Die Allgemeine Wehrpflicht und der freiwillige Wehrdienst wurden nur sehr selten thematisiert. Die Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht wurde – sofern diese überhaupt bekannt ist – begrüßt. Dass die Wehrpflicht damit weiterhin grundsätzlich Bestand hat, musste von den Jugendoffizieren stets erläutert werden.

Während die Allgemeine Wehrpflicht für die Lehrkräfte noch Teil der Lebenswirklichkeit war, ist sie für die Schülerinnen und Schüler bereits Geschichte. Sie können

sich nicht mehr vorstellen, dass es einmal eine individuelle gesetzliche Verpflichtung zur Ableistung des Wehrdienstes in Deutschland gab.

Das Bedauern über den Wegfall der Allgemeinen Wehrpflicht wurde meist nur mit nostalgischen Motiven begründet. Gelegentlich machte man sich aber auch Gedanken darüber, ob die Bundeswehr ohne die Allgemeine Wehrpflicht in der Lage dazu ist, ihren Nachwuchsbedarf zu decken. Auf dem Höhepunkt der Ukraine-Krise wurde in Berlin und Brandenburg gelegentlich die Frage gestellt, ob das Einberufen von Wehrpflichtigen jetzt nicht erforderlich sei, um dem erhöhten Sicherheitsbedarf in Deutschland und Europa Rechnung zu tragen.

Die Möglichkeit des freiwilligen Wehrdienstes wird grundsätzlich positiv bewertet, ist in der Praxis aber eher keine Option, mit der sich junge Menschen auf ihrer Suche nach Möglichkeiten sozialen Engagements nach ihrer Schulzeit beschäftigen.

Eine tiefer gehende Diskussion über die Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht fand nur mit spezialisierten Gruppen wie z.B. Teilnehmern an Veranstaltungen der GSP statt. Hier wurden auch mögliche Probleme wie die Gefährdung der Personalbedarfsdeckung und die Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr diskutiert.

4. Sicherheitsbündnisse (VN, NATO, EU, OSZE)

Die Vereinten Nationen (VN) waren als weltumspannendes System kollektiver Sicherheit weitgehend bekannt, anerkannt und geschätzt. Dies beinhaltete manchmal auch Kenntnisse ihrer Arbeitsweise. Die völkerrechtliche Bedeutung der VN bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr war meist unbekannt. Die Struktur, Funktionsweise und das Stimmverhalten der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates wurden kritisiert und als überholt und reformbedürftig angesehen.

Deutschlands Rolle in den Vereinten Nationen wurde generell positiv bewertet. Gelegentlich wurde auch ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat für Deutschland gefordert.

Die North Atlantic Treaty Organization (NATO) wurde regelmäßig ausschließlich als militärisches Bündnis, nicht aber als internationale politische Organisation betrachtet. Die NATO war als Verteidigungsbündnis bekannt und akzeptiert und rückte im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine wieder mehr ins Blickfeld. Kritische Stimmen bezeichneten die Organisation gelegentlich als „Weltpolizei“ oder „Kriegsbündnis“ und prangerten die Vormachtstellung der USA in dieser Organisation an.

Im Norden und Osten Deutschlands wurde die NATO generell als ein von den USA dominiertes Bündnis gesehen, das sehr kritisch betrachtet wurde. Andererseits berichtete der Jugendoffizier Schwerin davon, dass man in seinem Bereich die NATO in der Ukraine-Krise als zu zurückhaltend empfunden habe.

Die Europäische Union (EU) wurde am ausführlichsten im Unterricht behandelt. Häufig wurde sie als großes, komplexes, undurchschaubares Gebilde mit wirtschaftspolitischer Zielsetzung betrachtet. Die europäische Finanzkrise und ihre Folgen besicherten ihr ein eher negatives Image. Dass die EU sich in allen Bereichen der Politik positioniert und mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) maßgeblich die Sicherheit Deutschlands und Europas mitentwickelt hat bzw. eigene außen- und sicherheitspolitische Akzente und Zukunftsperspektiven für einen europäischen Stabilitätsraum gestaltet, war selten bekannt.

Die Beurteilung der Aktivitäten der EU reichte von „handlungsunfähig“ bis hin zu „sicherheitspolitisch relevant“; letztere Einschätzung kristallisierte sich insbesondere im Verlauf der Ukraine-Krise heraus.

Intensiv wird der europäische Gedanke im Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Luxemburg gelebt, der mit einem vergleichsweise breiten Basiswissen der Jugendlichen hinterlegt ist.

Die Ukraine-Krise verschärfte in Thüringen die dort ohnehin kritische Stimmung gegenüber EU und NATO, während in Bayern wahrnehmbar keine Einstellungsveränderung erkennbar wurde.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) war im Berichtsjahr eine nahezu vollständig unbekannte Institution in der Schülerschaft. Die Beobachtermission in der Ukraine holte die OSZE zwar auf die mediale Bühne zurück, doch in der politischen Diskussion spielte sie weiterhin in der Schule lediglich eine Nebenrolle.

5. Transatlantische Beziehungen

Die USA wurden als mächtigster Wirtschafts- und Bündnispartner Deutschlands anerkannt. Im Ergebnis ist die Einschätzung der Schülerinnen und Schülern im Süden und Westen über die USA jedoch kritisch distanziert, im Norden und Osten Deutschlands oftmals offen ablehnend.

Nach wie vor waren für das „politische Amerikabild“ Negativattribute wie unberechtigte militärische Interventionen ebenso ausschlaggebend wie der Einsatz von Kampfdrohnen, die NSA-Spionageaffäre, das extralegale Gefangenenlager Guantanamo Bay und das vermeintlich einseitig vorteilhafte Freihandelsabkommen TTIP der USA mit Europa.

Mehrheitlich wird die Einmischung der USA in internationale Konflikte und innere Angelegenheiten anderer Staaten heftig kritisiert und der Staat im negativen Sinn als „Weltpolizist“ und „übermächtige Weltmacht“ charakterisiert. Ebenso wird in der Wahrnehmung der Jugendlichen die Forderung der USA kritisch gesehen, Deutschland solle mehr politisches Engagement und Führerschaft in der EU und darüber hinaus wahrnehmen. In Thüringen übertrug sich die in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitete anti-amerikanische Grundpositionierung der erwachsenen Bevölkerung im Laufe der Ukraine-Krise auch auf die Jugendlichen. Gleichzeitig waren aber in Schleswig-Holstein positive Stimmen zu hören, wenn es um die Bewertung des US-Engagements im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) ging.

Die USA werden oft als eine Weltmacht gesehen, die zukünftig von einem aufstrebenden China abgelöst werden könnte.

Bestandteile der US-amerikanischen Kultur wie Musik, Fastfood und Smartphones sind hingegen populär und sind wichtige Elemente der Jugendkultur in Deutschland.

6. Europäische Nicht-NATO-Staaten (MOE, SOE, GUS, RUS)

Der Ukraine-Konflikt war das dominierende Thema aus dieser Region. Völkerrechtliche Grundlagen waren regelmäßig unbekannt, so dass die Thematisierung völkerrechtlicher Inhalte den Jugendoffizieren einen guten Einstieg in dieses Thema ermöglichte. Hinsichtlich des Konfliktes in der Ukraine wurde häufig die Rolle Deutschlands diskutiert. Dabei wurde Deutschlands Positionierung gegenüber Russland (Verurteilung der Sezessionsbestrebungen, Wirtschaftssanktionen) als zu hart und provokant eingeschätzt.

Der EU wurde angelastet, dass sie die Ukraine zu stark dazu gedrängt habe, sich für einen Schulterchluss mit der EU und gegen eine enge Kooperation mit Russland zu entscheiden. Ihr wurde deswegen eine direkte Mitschuld an der Eskalation der Krise gegeben.

Der Position Russlands und seinem Verhalten wurden vor allem von Erwachsenen, vielfach aber auch von Jugendlichen viel Verständnis und Sympathie entgegen gebracht. Russland wurde in der Regel nicht als Bedrohung wahrgenommen. Wenn auch die Herauslösung der Krim aus dem ukrainischen Staatsgefüge teilweise als nicht gerechtfertigt angesehen wurde, überwog doch das Verständnis für die Situation Russ-

lands und die Beweggründe des russischen Eingreifens in der Ukraine. Dabei wurde Russland oft in Schutz genommen und sein Verhalten als berechtigte Verteidigung gegen EU und NATO bewertet. Die Interessen Russlands wurden höher bewertet als das Selbstbestimmungsrecht und die territoriale Integrität der Ukraine.

Im Norden Deutschlands, so der Jugendoffizier Kiel, sah man das Vertrauen gegenüber Russland jedoch deutlich erschüttert, wenn auch die Berichterstattung über Russland in den deutschen Medien als zu einseitig kritisiert wurde. Die russlandkritische Berichterstattung der deutschen Medien wurde bundesweit kritisiert, oft verurteilt und deren Wahrheitsgehalt häufig in Frage gestellt. Auch einzelne Lehrerinnen und Lehrer äußerten Zweifel an der Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der zur Verfügung stehenden Informationsquellen, wobei insbesondere die Berichterstattung und Kommentierung durch westliche Medien in Zweifel gezogen wurden. Einzelne Schülerinnen und Schüler attestierten dem russischen Fernsehen eine höhere Glaubwürdigkeit und bezichtigten deutsche Medien, nicht objektiv und wahrheitsgemäß zu berichten.

Häufig wurde auch kritisiert, dass in der Politik offenbar mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen wird. Immer wieder wurde gefragt, warum die Annexion der Krim deutlich stärker verurteilt wird als der Kosovo-Krieg 1999 und der Irak-Krieg 2003.

Die Jugendoffiziere haben der Nachfrage zum Ukraine-Konflikt bewusst Rechnung getragen und sich intensiv der Darstellung der Komplexität des Konflikts gewidmet. Dabei standen häufig Fragen nach möglichen Konsequenzen aus den Spannungen zwischen NATO und Russland im Mittelpunkt. Die Position der Bundesregierung, dass es Sicherheit in Europa nur mit Russland und nicht gegen Russland geben könne, war dabei Dreh- und Angelpunkt bei den Ausführungen der Jugendoffiziere in allen betroffenen Gesprächs- und Diskussionsrunden.

Die Idee der Neutralität – auch für Deutschland – wurde von vielen Jugendlichen als beispielhaft und vor allem gerecht bewertet. Konsequenterweise sahen die Jugendlichen das Handeln der neutralen Schweiz als Vorbild für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.

Andere europäische Nicht-NATO-Staaten fanden im Berichtszeitraum in der sicherheitspolitischen Diskussion wie die Jugendoffiziere sie wahrgenommen haben, keine erkennbare Rolle.

7. Afrika, Asien, Naher Osten

Afrika wurde in erster Linie im Zusammenhang mit dem Ebola-Virus thematisiert. In diesem Kontext konnte das Thema „Hilfseinsatz der Bundeswehr“ anschaulich dargestellt werden. Auch Instabilität, Bürgerkrieg, Staatszerfall, Ressourcenmangel, Armut, Hungersnöte, Piraterie, islamistische Milizen und unkontrollierte Migration vor allem über das Mittelmeer wurden gelegentlich im Zusammenhang mit dem afrikanischen Kontinent von den Jugendlichen in die Diskussion eingebracht.

Humanitäre Hilfsaktionen der internationalen Staatengemeinschaft wurden dabei stets positiv aufgenommen. Die humanitäre Hilfe in den afrikanischen Krisenstaaten vor Ort wurde als wichtigster Lösungsansatz betrachtet. Flüchtlingsbewegungen in Richtung Europa wurden hingegen kontrovers, ambivalent und emotional diskutiert.

Das Thema Islamischer Staat (IS) rückte in der zweiten Jahreshälfte in den Fokus. Die durch IS praktizierten und filmisch zur Schau gestellten Grausamkeiten wurden in Stuttgart in Religions- und Ethikkursen aufgegriffen, in die sich der Jugendoffizier mit Vortrag und anschließender intensiver Diskussion zur Frage nach dem „Gerechten Krieg“ einbringen konnte.

Der internationale Terrorismus wurde in erster Linie im arabischen Raum verortet. Eine terroristische Bedrohung für Deutschland und Europa wurde aus Sicht der Jugendlichen überwiegend radikalisierten Muslimen und Syrienheimkehrern zugeordnet. Das internationale Engagement gegen den weltweiten Terrorismus stieß auf breite Zustimmung, könnte nach Meinung vieler Jugendlicher aber noch stärker ausfallen. Luftschläge und andere militärische Angriffe auf terroristische Organisationen wurden als gerechtfertigt angesehen. Waffenlieferungen in Krisenregionen und militärische Ausbildung von Oppositionsgruppen wurden hingegen zumeist kritisch bewertet.

In Bezug auf Syrien wurde gelegentlich das deutsche Engagement bei der Vernichtung der Chemiewaffenbestände positiv erwähnt.

Die deutsche Waffenlieferung an die Kurden im Nord-Irak wurde zur Kenntnis genommen, selten kritisch hinterfragt, obgleich eine grundsätzlich zurückhaltende Positionierung erkennbar wurde.

Das Thema Afghanistan fand noch statt, verlor mit dem Ende der ISAF-Mission aber an Bedeutung.

Die sicherheitspolitischen Ereignisse in und um Pakistan wurden gelegentlich thematisiert.

Nordkoreas Militäraktionen waren seltener Gegenstand von Diskussionen.

China und Indien wurden als aufstrebende Mächte, nicht aber als Bedrohung wahrgenommen.

Zum Erstaunen der Jugendoffiziere wurden Informationen über die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina im Gaza-Streifen selten nachgefragt. Die medial transportierten Bilder wurden betrachtet und wahrgenommen, jedoch nicht weiter thematisiert oder gar kontrovers diskutiert. Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern scheinen im Laufe der Jahre eine immer wiederkehrende Selbstverständlichkeit geworden zu sein, der keine besondere Beachtung mehr geschenkt wird.

Der „Pazifische Raum“ fand kaum Beachtung.

IV. Zusammenfassung und Ausblick

Auch wenn 2014 ein Jahr war, in dem die Tätigkeit der Jugendoffiziere an Schulen in Politik und öffentlicher Debatte durchaus hinterfragt worden ist, waren und sind die Jugendoffiziere der Bundeswehr bundesweit uneingeschränkt geschätzte Fachleute in allen Fragen der Sicherheitspolitik, auf deren Expertise jederzeit gerne zurückgegriffen wird.

Der immer wieder – bewusst oder unbewusst – von Dritten thematisierten Nähe zu nachwuchswerblichen Aufgaben, konnte durch das klar strukturierte und fachlich qualifizierte Auftreten der Jugendoffiziere begegnet werden. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kultusministerien, den Schulbehörden sowie allen Schulen, Institutionen, Organisationen und vielen anderen Aus- und Weiterbildungseinrichtungen belegt dies ebenso wie die auf hohem Niveau anhaltende Nachfrage nach der breitgefächerten Angebotspalette der Jugendoffiziere.

Trotz der angespannten Personallage mit ihrer Spitze von vorübergehend 17 nicht besetzten Jugendoffizierdienstposten, gelang im Berichtszeitraum – nicht zuletzt vor dem genannten Hintergrund – eine erfreuliche Steigerung der durchgeführten Veranstaltungen (5.520), der geleisteten Einsätze (6.186) und der erreichten Teilnehmerinnen und Teilnehmer (161.515). Viele positive Rückmeldungen nach Veranstaltungen bescheinigten den Jugendoffizieren große Kompetenz und ihren Veranstaltungen einen hohen Qualitätsstandard.

Das intensive Engagement um die Begleitung der Ausbildung und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern zahlte sich in Form von zahlreichen und qualifizierten Anschlussveranstaltungen in Schulen aus.

Im Verlauf des Berichtsjahres verlagerten sich die Schwerpunkte des Interesses der Zielgruppen und damit auch der inhaltlich zu leistenden Arbeit der Jugendoffiziere u.a. weg vom ISAF-Einsatz in Afghanistan und hin zu Themen rund um den Bürgerkrieg in Syrien, der Ukraine-Krise und dem Terror des Islamischen Staates.

Wie im Einzelnen ausgeführt, gilt es 2015 mit einer verbesserten Stellenbesetzung das Informationsangebot der Jugendoffiziere als den ausgewiesenen Experten für die umfassende Vermittlung sicherheitspolitischer Inhalte weiter auszubauen sowie Bereiche mit noch geringer Kontaktstärke zusammen mit neuen Zielgruppen zu erschließen.

Kurzbeschreibung der Tätigkeit der Jugendoffiziere und -unteroffiziere

1. Grundlagen

Es entspricht dem Selbstverständnis einer Demokratie, dass ihre Sicherheit Angelegenheit des ganzen Volkes ist.

Das Grundgesetz umfasst gleichermaßen Friedensgebot und Verteidigungsbereitschaft mit Streitkräften. Die komplexen Inhalte und Entwicklungen von Sicherheitspolitik bedürfen der frühzeitigen und überzeugenden Erläuterung. Nur so kann das Verständnis der Bevölkerung und in ganz besonderer Weise den jungen Staatsbürgern zu Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr, den Auslandseinsätzen und damit den Zielen und Interessen deutscher Sicherheitspolitik vermittelt werden. Die Bundeswehr nimmt diese Aufgabe durch ihre Öffentlichkeitsarbeit wahr. Aussagen zur Sicherheitspolitik, die Einbindung Deutschlands in internationale Bündnisse, der deutsche Beitrag zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sind feste Bestandteile dieser Arbeit.

2. Aufgaben

Einer der wichtigsten Träger dieser Informationsarbeit ist der Jugendoffizier/-unteroffizier. Er ist mit seinem Informationsangebot im weitesten Sinne in der politischen Bildung tätig. Er nimmt Stellung zu militärischen und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen im Sinne der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, verdeutlicht hauptsächlich der jungen Generation die Grundlagen des (seit 1. Juli 2011 freiwilligen) Wehrdienstes.

Dies geschieht in Form von Gesprächen, Seminaren, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen. Das persönliche Engagement des Jugendoffiziers/-unteroffiziers unterstreicht die Glaubwürdigkeit dieser Information.

Die Tätigkeit des Jugendoffiziers/-unteroffiziers als wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen kann Informationen zu folgenden Themenbereichen umfassen:

- die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland,
- die Einbindung Deutschlands in EU, NATO, OSZE und VN,
- den deutschen Beitrag zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung,
- die ethischen, moralischen und rechtlichen Grundlagen des soldatischen Dienens,
- das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft,
- den Sachstand, die Perspektiven und die Herausforderungen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr,
- den Alltag in der Truppe sowie den laufenden Neuausrichtungsprozess der Streitkräfte.

Der Jugendoffizier/-unteroffizier betreibt zu keiner Zeit Nachwuchswerbung. Er verweist Interessenten und Bewerber an die dafür zuständigen Stellen der Karriereberatung.

3. Rahmenbedingungen für die Tätigkeit eines Jugendoffiziers/-unteroffiziers

Die Rahmenbedingungen für die Arbeit des Jugendoffiziers/-unteroffiziers werden vorgegeben durch Gesetze, Vorschriften sowie den Auftrag der Bundeswehr:

- Aufgabe jeder Öffentlichkeitsarbeit der Streitkräfte ist es, den Auftrag der Bundeswehr sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands zu erläutern.
- Gelder für die Öffentlichkeitsarbeit werden durch den Gesetzgeber ausschließlich mit der Zweckbestimmung vergeben, „das Verständnis für politische Maßnahmen zu erhöhen“.
- Die bildungspolitische Verantwortung obliegt den einzelnen Bundesländern.

Der Jugendoffizier/-unteroffizier steht deshalb vor allem den Schulen auf Einladung als Fachmann zur Verfügung. Die Verantwortung für den Unterricht und die Lernziele trägt der Lehrer.

4. Einzelheiten

Die Bundeswehr verfügt über 94 Dienstposten für hauptamtliche Jugendoffiziere: Daneben sind auf Verbandsebene jeweils ein Jugendoffizier und ein Jugendunteroffizier in Nebenfunktion tätig.

Hauptamtliche Jugendoffiziere sind Offiziere im Dienstgrad Hauptmann/Kapitänleutnant. Sie verbleiben durchschnittlich drei Jahre in dieser Funktion. Nebenamtliche Jugendoffiziere sind meist Leutnant oder Oberleutnant, Jugendunteroffiziere sind in der Regel jüngere Feldwebel-Dienstgrade.

Hauptamtliche Jugendoffiziere arbeiten hauptsächlich zusammen

- mit Schulen als unterrichtsbegleitende Experten,
- mit Jugendverbänden und -organisationen,
- mit nichtorganisierten Jugendlichen,
- mit politischen Bildungseinrichtungen und
- mit den Schul- und Kultusbehörden der Länder.

Sie bieten ihre Mitarbeit an, wenn sicherheitspolitische Informationen oder Kontakte zur Bundeswehr gewünscht werden.

- Sie stehen als militärische Fachleute zur Unterstützung im Unterricht, bei Projektwochen und Tagungen für Vorträge und Podiumsdiskussionen zur Verfügung.
- Sie bieten sicherheitspolitische Seminare an oder vermitteln Teilnahmemöglichkeiten.
- Sie stellen kostenlos Informationsmaterial zur Verfügung. Nebenamtliche Jugendoffiziere und Jugendunteroffiziere organisieren vornehmlich Besuche bei der Truppe, bei denen sich Jugendliche und Erwachsene ein Bild vom Alltag der Soldatinnen und Soldaten machen können.

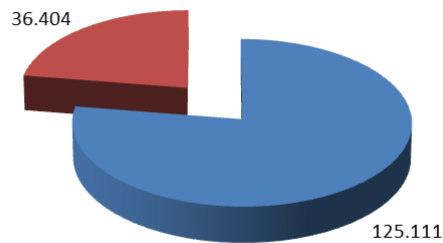
Alle Jugendoffiziere werden in einem dreiwöchigen Grundlehrgang, hauptamtliche Jugendoffiziere zusätzlich in einem dreiwöchigen Aufbaulehrgang und einem einwöchigen Vertiefungslehrgang mit den Schwerpunkten Sicherheitspolitik und Kommunikationstechnik auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Jugendunteroffiziere werden in einem zweiwöchigen Grundlehrgang ausgebildet.

Einsatzstatistik der Jugendoffiziere 2014

Art der Veranstaltungen	Vorträge	Podiumsdiskussionen	Seminare (ein- und mehrtägige Veranstaltungen)		Besuche bei der Truppe		Informationsveranstaltungen über die Arbeit der Jugendoffiziere		Großveranstaltungen		Summe			
Gesamtzahl Veranstaltungen	3.200	59	876		259		869		257		5.520			
Zielgruppe: Schüler und Studenten	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer
Hauptschule Klasse 9	71	1.658	0	0	9	315	21	963	0	0	14	235	115	3.171
Hauptschule Klasse 10	69	1.670	0	0	18	560	18	705	0	0	17	249	122	3.184
Realschule Klasse 9	116	2.774	0	0	21	656	26	1.103	0	0	29	712	192	5.245
Realschule Klasse 10	742	18.946	2	45	91	3.390	78	2.654	21	298	40	983	974	26.316
Gymnasium Klasse 9	60	1.561	3	87	31	1.097	10	314	1	4	21	278	126	3.341
Gymnasium Klasse 10	401	10.294	9	292	76	2.944	25	795	2	41	30	375	543	14.741
Gymnasium Klasse 11	356	8.988	15	600	148	5.012	13	377	4	52	28	363	564	15.392
Gymnasium Klasse 12	598	17.906	9	416	170	5.737	14	358	3	36	37	495	831	24.948
Gymnasium Klasse 13	114	3.374	6	350	32	1.180	5	103	1	3	23	392	181	5.402
Berufsbildene Schule	365	8.379	1	140	75	2.480	30	822	4	73	26	257	501	12.151
Universität/Hochschule	98	3.820	8	391	49	1.187	3	35	23	76	32	233	213	5.742
sonstige Schule	80	1.965	11	337	54	1.876	36	1.017	1	30	20	253	202	5.478
Summe Teilnehmer		81.335		2.658		26.434		9.246		613		4.825		125.111
Zielgruppe: Multiplikatoren	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer	Zielgrp. erreicht	Anzahl Teilnehmer
Lehrer	2.578	4.099	31	218	708	2.546	208	521	372	762	91	906	3.988	9.052
Referendare	147	992	8	41	113	1.405	6	16	37	200	16	149	327	2.803
Schulleitung/Schulbehörden	169	506	16	36	91	230	19	140	204	321	25	59	524	1.292
Politik	42	576	11	52	37	607	11	133	109	639	33	112	243	2.119
Medien	17	76	15	37	9	31	5	61	30	59	14	60	90	324
Bundeswehr/Reservisten	69	799	9	27	47	320	13	59	111	708	68	1.473	317	3.386
Sonstige Multiplikatoren	168	3.010	41	702	142	1.651	36	575	287	2.132	218	9.358	892	17.428
Summe Teilnehmer		10.058		1.113		6.790		1.505		4.821		12.117		36.404
Anzahl Einsätze und Gesamtzahl Teilnehmer	3.273	91.393	69	3.771	1.206	33.224	276	10.751	924	5.434	438	16.942	6.186	161.515

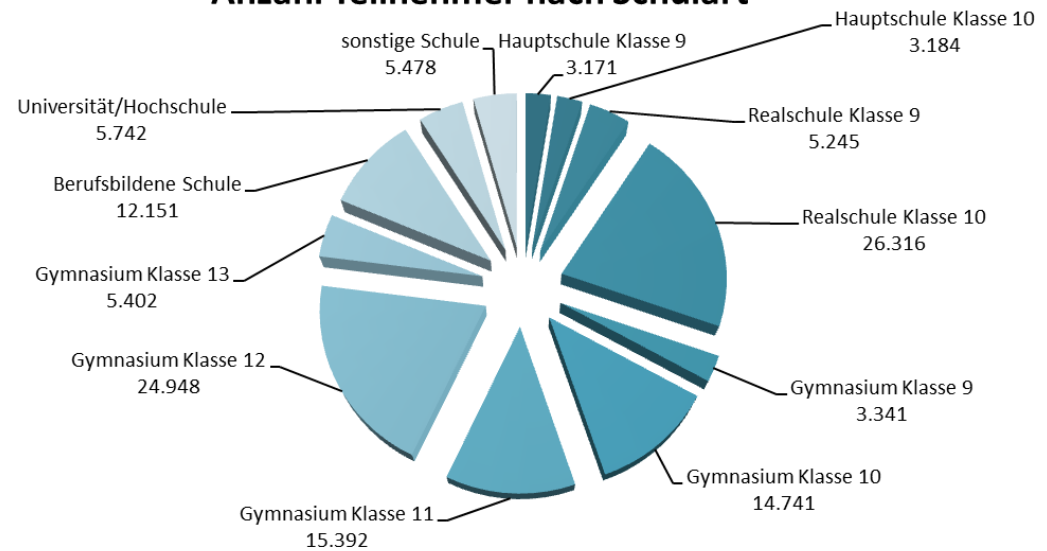
Einsätze der Jugendoffiziere 2014 nach Zielgruppen

Anzahl der Teilnehmer

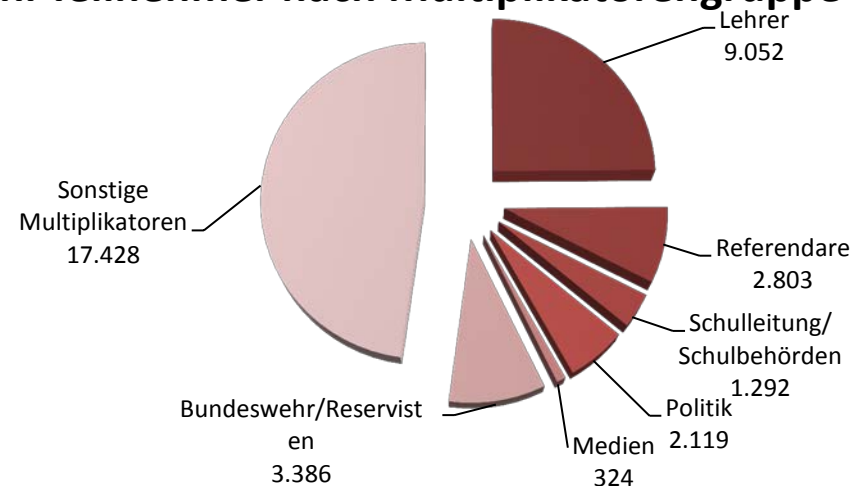


- Schüler / Studenten
- Multiplikatoren

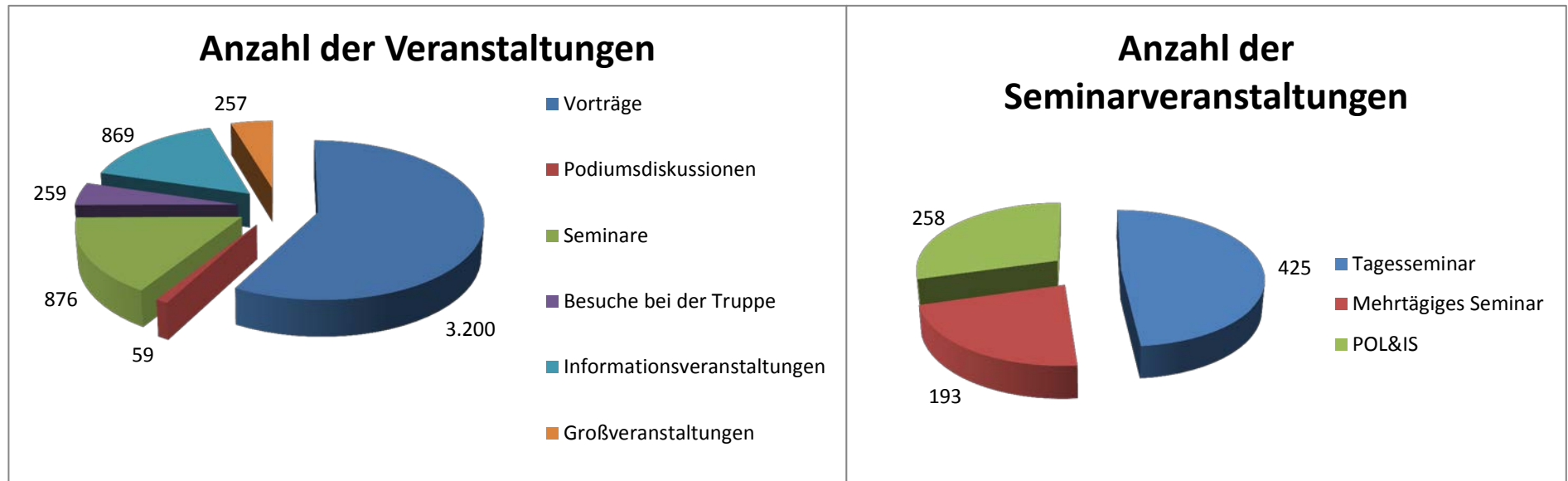
Anzahl Teilnehmer nach Schulart



Anzahl Teilnehmer nach Multiplikatorengruppe



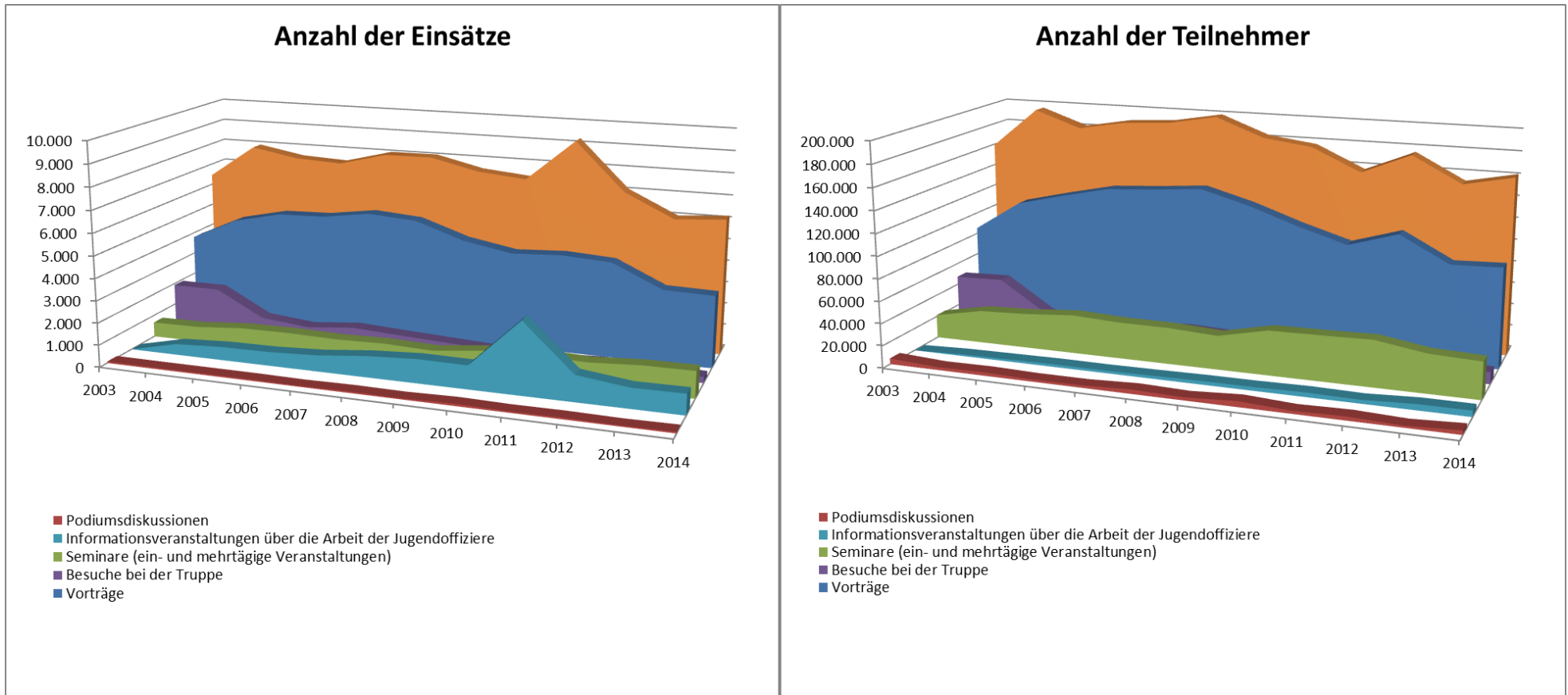
Anzahl der Veranstaltungen und Seminarveranstaltungen



Vergleich der Einsatzstatistiken 2003 bis 2014

Art der Veranstaltungen		Vorträge		Podiumsdiskussionen		Seminare (ein- und mehrtägige Veranstaltungen)		Besuche bei der Truppe		Informationsveranstaltungen über die Arbeit der Jugendoffiziere		Großveranstaltungen		Summe	
Zielgruppen	Jahr	Einsätze	Teilnehmer	Einsätze	Teilnehmer	Einsätze	Teilnehmer	Einsätze	Teilnehmer	Einsätze	Teilnehmer	Einsätze	Teilnehmer	Einsätze	Teilnehmer
Gesamtsumme (Einsätze/Teilnehmer)	2003	3.792	85.260	69	5.210	670	21.344	1.926	47.414	0	0	nicht erfasst		6.457	159.228
	2004	4.793	113.186	62	2.670	698	29.919	1.925	48.620	496	1.498			7.974	195.893
	2005	5.273	123.760	62	3.090	868	31.681	774	20.452	610	1.961			7.587	180.944
	2006	5.340	133.345	62	2.128	886	35.118	565	15.683	631	2.465			7.484	188.739
	2007	5.656	136.239	41	2.214	840	33.119	771	17.462	735	2.315			8.043	191.349
	2008	5.497	139.974	69	3.938	890	32.997	647	19.644	958	2.674			8.061	199.227
	2009	4.759	127.936	50	2.739	813	30.671	540	17.924	1.083	3.252			7.553	182.587
	2010	4.365	112.745	100	5.209	1.064	40.330	430	15.237	1.063	3.341			7.350	176.862
	2011	4.481	99.558	61	2.629	1.139	40.908	317	9.691	3.255	4.019			9.253	156.805
	2012	4.350	113.049	73	3.522	1.060	41.894	419	13.691	1.179	3.291			7.081	175.447
	2013	3.324	89.746	42	1.758	1.192	34.942	356	11.312	907	5.388	199	9.089	6.020	152.235
	2014	3.273	91.393	69	3.771	1.206	33.224	276	10.751	924	5.434	438	16.942	6.186	161.515

Entwicklung der Einsätze der Jugendoffiziere von 2003 bis 2014



Verteiler

Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages	100x
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	10x
Deutscher Bundestag - Wissenschaftlicher Dienst WF II G (Ber. BMVg)	1x
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung - Referat 302 -	1x
Bundespräsidialamt - Verbindungsoffizier beim Bundespräsidenten	1x
Bundeskanzleramt - Grp 22	1x
Auswärtiges Amt – Planungsstab	10x
Katholisches Militärbischofsamt	1x
Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr	1x
Bundesakademie für Sicherheitspolitik	5x
Bundesministerium der Verteidigung - Innenverteiler II	60x
gesamt	191x

Fachpersonal Informationsarbeit und weitere Institutionen Versand durch BAPersBw InfoService

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK)	20x
Streitkräfteamt	
- Amtschef	1x
Presse- und Informationszentren	
- Heer	30x
- Luftwaffe	15x
- Marine	10x
- Sanitätsdienst	10x
- Streitkräftebasis	30x
- Personal	10x
- Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen	10x
- Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung	10x
Führungsakademie der Bundeswehr	10x
Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften	7x
Zentrum Innere Führung	10x
Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr	30x
- Bereich Bundeswehr & Gesellschaft	10x
Hauptamtliche Jugendoffiziere	94x
Nebenamtliche Jugendoffiziere	260x
Stabsoffiziere für Öffentlichkeitsarbeit	10x
Reserve BMVg – Pr-/InfoStab 2	80x
gesamt	657x

Gesamt 848x

Darüber hinaus zum Download in der Rubrik Veröffentlichung unter www.bundeswehr.de und im Intranetportal der Bundeswehr